



Institut für  
Wirtschaftsforschung  
Halle

*Martin Altemeyer-Bartscher*

Kommentar: Föderalismusreform – eine historische Chance (S. 22)

*Gerhard Heimpold*

Aktuelle Trends: Einkommen und Produktivität: Ostdeutschland holt kaum noch auf – größere regionale Unterschiede im Westen (S. 23)

*Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014: Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik (S. 24)

*Oliver Holtemöller*

Glaskugel Prognose –  
Warum werden ökonomische Prognosen nicht besser? (S. 26)

*Birgit Schultz, Gregor von Schweinitz*

4. IWH/INFER-Workshop on Applied Economics and Economic Policy:  
„A New Fiscal Capacity for the EU?“ (S. 30)

*Brigitte Loose*

IWH-Bauumfrage im ersten Quartal 2014:  
Klima am Bau deutlich aufgehellt (S. 32)

*Cornelia Lang*

IWH-Industrienumfrage im ersten Quartal 2014:  
Flourierende Geschäfte (S. 35)



# Wirtschaft im Wandel

2/2014

30.04.2014, 20. Jahrgang



## Föderalismusreform – eine historische Chance

Mit dem Außerkrafttreten des Finanzausgleichsgesetzes und des Solidarpaktes II zum Ende des Jahres 2019 ergibt sich die historische Chance, die Reibungsverluste im deutschen Finanzföderalismus zu verringern. Eine umfassende Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehung braucht allerdings einen gewissen zeitlichen Vorlauf, sodass entscheidende Verhandlungen wohl in den kommenden Monaten geführt werden.

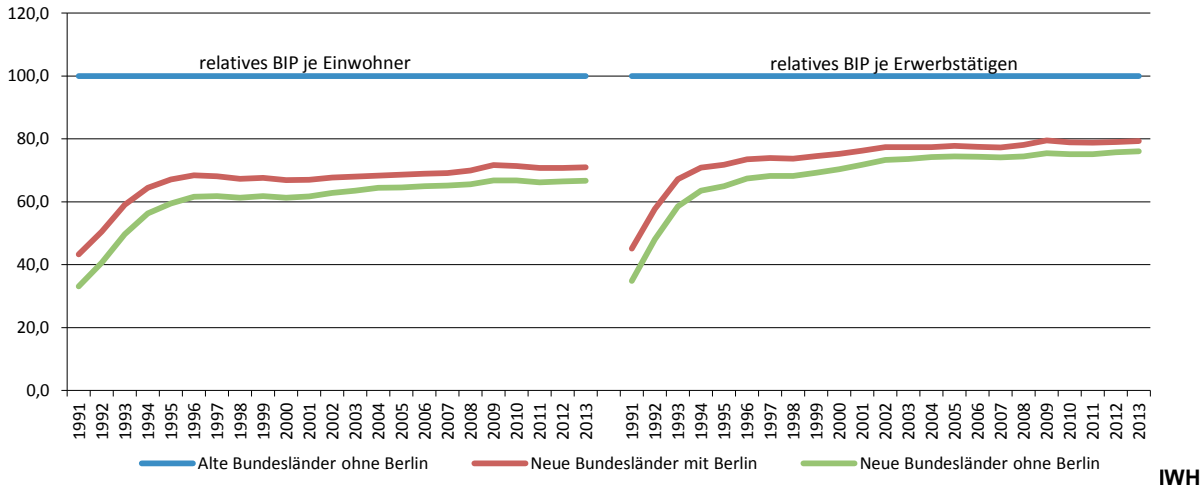
Reibungsverluste stiftet der aktuelle Länderfinanzausgleich, indem er schwerwiegende Fehlanreize für die Finanzpolitik der Länder setzt. So verbleibt beispielsweise nur ein sehr geringer Teil der Steuermehreinnahmen eines Landes, die auf eine intensive Pflege der Steuerbasis zurückzuführen sind, im Landeshaushalt. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn Landesregierungen eine nachhaltige Wirtschaftsförderung oder eine intensive Steuerprüfung nicht in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Eine anreizverbessernde wesentliche Reduktion der Ausgleichsraten des Finanzausgleichs wird allerdings in den Reformverhandlungen wahrscheinlich nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Denn schon eine geringe Absenkung der Ausgleichsintensität könnte die finanzschwachen Länder erheblich treffen und dadurch den in der Schuldenbremse ab 2020 vorgeschriebenen flächendeckenden strukturellen Ausgleich der Landeshaushalte gefährden. Vor dem Hintergrund, dass die Schuldenbremse im deutschen Finanzföderalismus noch nicht etabliert ist, wird man darauf achten müssen, dass der auf den finanzschwachen Ländern liegende Konsolidierungsdruck unter realistischen Szenarien bewältigbar ist.

Nun ist eine verbesserte Anreizverträglichkeit des Finanzausgleichs unter Beibehaltung der hohen Ausgleichsraten nicht unbedingt ausgeschlossen, wenn die Bemessungsgrundlage des Zuweisungssystems und der finanzpolitische Verantwortungsbereich der Länder besser aufeinander abgestimmt werden, als das gegenwärtig in Deutschland der Fall ist. So sind die Länder zurzeit überwiegend für Maßnahmen, wie z. B. die Steuerprüfung, verantwortlich, welche einen indirekten, nicht messbaren Einfluss auf die Steuerbasis haben, während die Zuweisungen von den örtlichen Steuereinnahmen abhängen, die ein Produkt aus örtlicher Steuerkraft und den finanzpolitischen Initiativen der Länder sind. Bund und Länder haben in den Verhandlungen nun die historische Chance, neue Gestaltungsspielräume für den Finanzausgleich durch eine Erweiterung der Steuerautonomie auf Länderebene und eine Konditionierung des Zuweisungssystems an die örtliche Finanzkraft zu eröffnen.

*Martin Altemeyer-Bartscher*  
*Leiter der Forschungsgruppe Finanzföderalismus und Institutioneller Wandel*

## Einkommen und Produktivität: Ostdeutschland holt kaum noch auf – größere regionale Unterschiede im Westen

- Relatives<sup>a</sup> Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen je Einwohner bzw. je Erwerbstätigen  
- in %, Alte Bundesländer ohne Berlin = 100% -



<sup>a</sup> Das relative BIP je Einwohner und je Erwerbstätigen wird berechnet, indem der jeweilige ostdeutsche Wert ins Verhältnis zum westdeutschen (ohne Berlin) gesetzt wird.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2013. Reihe 1, Band 1, Stuttgart: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Erscheinungsfolge: jährlich, erschienen im März 2014, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2013/Februar 2014, in: [http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis\\_VGR/tbls/R1B1.zips](http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/tbls/R1B1.zips), Zugriff am 01.04.2014; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Befunde zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner und zur Produktivität Ostdeutschlands sind fast ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Berliner Mauer ambivalent: Verglichen mit der Ausgangssituation konnte die Ost-West-Lücke deutlich verringert werden. Lag das BIP je Einwohner 1991 in Ostdeutschland (ohne Berlin) erst bei einem Drittel des westdeutschen Niveaus, sind im Jahr 2013 zwei Drittel erreicht. Bei der Produktivität startete Ostdeutschland (ohne Berlin) mit 35% und weist im Jahr 2013 immerhin 76% des westdeutschen Niveaus auf. Unter Einbeziehung Berlins liegen die Werte im Jahr 2013 noch etwas höher: bei 71% bzw. 79%. Allerdings hat sich zwischen 2008 und 2013 nur noch ein sehr geringer Fortschritt vollzogen. Das relative BIP je Einwohner verbesserte sich in Ostdeutschland (ohne Berlin) im genannten Zeitraum um 1,1 Prozentpunkte, bei der Produktivität um 1,6 Prozentpunkte. Die Unterschiede zwischen den ostdeutschen Flächenländern sind übrigens relativ gering: So weist beim BIP je Einwohner das Land Mecklenburg-Vorpommern mit 22,8 Tausend Euro den geringsten und Sachsen mit 24,2 Tausend Euro den höchsten Wert auf. In Westdeutschland fallen die Unterschiede zwischen den Flächenländern deutlich größer aus. Das geringste BIP je Einwohner weist mit 27,7 Tausend Euro das im Norden gelegene Schleswig-Holstein auf, die höchsten Werte die in der Mitte beziehungsweise im Süden gelegenen Länder Hessen und Bayern (38,5 Tausend Euro beziehungsweise 38,4 Tausend Euro). Bei der Produktivität zeigt sich ebenfalls eine geringere Spannweite in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland. Anders als im Westen ist aber kein deutliches Süd-Nord-Gefälle sichtbar, denn vorn liegen bei der Produktivität die Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Generell scheinen nicht die Himmelsrichtungen, sondern eher die Wirtschaftsstrukturen ökonomische Entwicklungsunterschiede erklären zu können.

Gerhard Heimpold ([Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de](mailto:Gerhard.Heimpold@iwh-halle.de))

## Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014: Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik\*

### Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

*Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2014 im Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr voraussichtlich um 1,9% steigen. Das 68-Prozent-Prognoseintervall reicht dabei von 1,2% bis 2,6%. Treibende Kraft ist die Binnennachfrage. Der Anstieg der Verbraucherpreise fällt mit 1,3% im Jahr 2014 moderat aus. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte im Jahr 2014 noch einmal kräftig steigen. Die Konjunktur erhält allerdings Gegenwind von der Wirtschaftspolitik. So ist die abschlagsfreie Rente ab 63 ein Schritt in die falsche Richtung, und die Einführung des Mindestlohns wird im Jahr 2015 den Beschäftigungsanstieg dämpfen.*

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller (Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E53, E60, E66, H68

Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, Weltwirtschaft, Deutschland, öffentliche Finanzen, mittelfristige Projektion

In den ersten Monaten des Jahres 2014 expandiert die Produktion in der Welt recht kräftig. Die USA und Großbritannien befinden sich im Aufschwung, und die Wirtschaft im Euroraum erholt sich langsam von der Rezession. Allerdings hat eine Reihe von Schwellenländern seit vergangenem Sommer mit Kapitalabflüssen und Währungsabwertungen zu kämpfen.

Die Geldpolitik ist in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiter expansiv ausgerichtet; die Leitzinsen liegen auf oder knapp über der 0%-Marke. Die Finanzpolitik dürfte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften auch im Jahr 2014 restriktiv sein, der Restriktionsgrad wird aber wohl deutlich geringer sein als im Jahr 2013. Im Prognosezeitraum dürfte die weltwirtschaftliche Produktion etwa in dem gleichen Tempo expandieren, das in der zweiten Jahreshälfte 2013 zu beobachten war. Im Euroraum wird sich die Konjunktur voraussichtlich weiter erholen. Die Belastung von Unternehmen und privaten Haushalten mit Kosten der Verschuldung geht zurück, die Vermögenspreise steigen in den meisten Ländern wieder, und die Arbeitsmärkte stabilisieren sich. Die Dynamik der Nachfrage wird freilich auch weiterhin verhalten bleiben, denn die angestrebten Verbesserungen der Bilanzen der Banken, privaten Haushalte und Unternehmen sind noch nicht abgeschlossen, und der private Konsum wird

durch die weiter schwierige Situation am Arbeitsmarkt gedämpft. Alles in allem rechnen die Institute mit einem Anstieg der Weltproduktion um 2,9% im Jahr 2014 und um 3,1% im folgenden Jahr.

Ein Risiko für die Weltkonjunktur stellt derzeit die weitere Entwicklung der Kapitalmärkte in den Schwellenländern dar. Einzelereignisse könnten auch in Zukunft weitere Kapitalabflüsse und Wechselkursabwertungen auslösen. Der russisch-ukrainische Konflikt könnte ein solches Einzelereignis darstellen. Ein weiteres Risiko für die Konjunktur stellt der unerwartet deutliche Rückgang der Preisdynamik im Euroraum dar. Eine solche überraschend niedrige Preisdynamik bedeutet, dass die realen Lasten von Altschulden höher sind als erwartet. Von einer Deflation ist der Euroraum allerdings ein gutes Stück entfernt, und die Preisdynamik dürfte im Zuge der gegenwärtigen Erholung auch wieder anziehen.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Frühjahr 2014 im Aufschwung. Insbesondere nehmen die Auftragseingänge aus dem Ausland kräftig zu. Die Finanzierungsbedingungen sind weiterhin ausgesprochen günstig. Die Investitionstätigkeit hat vor diesem Hintergrund an Schwung gewonnen, wobei die Bautätigkeit allerdings auch durch den milden Winter angeregt worden ist. Die Institute erwarten, dass die Produktion im Verlauf dieses Jahres weiterhin deutlich zunimmt. Die Wohnungsbauminvestitionen werden nach wie vor von den niedrigen Zinsen angeregt. Die öffentlichen Bauinvestitionen werden durch die gute Finanzlage vieler Kommunen gestützt. Die außerordentlich guten Finanzierungs-

\* Abgeschlossen in Halle (Saale) am 8. April 2014. Vgl. *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014: Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik*. Halle (Saale) 2014.

bedingungen für Unternehmen sowie die Zuversicht, die aus den Unternehmensumfragen spricht, weisen zudem auf eine weitere Beschleunigung bei den Unternehmensinvestitionen hin. Den größten Beitrag zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird aber voraussichtlich der private Konsum leisten, der durch eine beschleunigte Zunahme der verfügbaren Einkommen und den weiteren Beschäftigungsaufbau gestützt wird. Vom Außenhandel dürfte hingegen kein Impuls ausgehen. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr voraussichtlich um 1,9% steigen. Der Anstieg der Verbraucherpreise fällt mit 1,3% sehr moderat aus. Die Finanzpolitik bleibt im Wesentlichen infolge der von der Bundesregierung beschlossenen Leistungsausweitungen im Bereich der Rentenversicherung expansiv ausgerichtet. Aufgrund der guten Konjunktur und der damit einhergehenden Einnahmesteigerungen wird sich die Finanzlage des Staates aber weiter verbessern.

Im Jahr 2015 bleibt das Expansionstempo hoch. Es wird aber voraussichtlich durch die für den 1. Januar 2015 vorgesehene Einführung des flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro brutto je Stunde etwas beeinträchtigt. Die wirtschaftlichen Konsequenzen dieser Maßnahme sind außerordentlich schwer abzuschätzen. Die Institute schätzen, dass im Jahr 2015 rund 200 000 Stellen verlorengehen. Das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen dürfte dadurch um 0,3% sinken. Der Verlust beim Bruttoinlandsprodukt wird allerdings wohl nur 0,1% betragen, weil vor allem wenig produktive Arbeitsplätze wegfallen. Unter Berücksichtigung des Mindestlohneffekts wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2015 voraussichtlich um 2,0% expandieren. Dazu trägt auch die im Vergleich zum Jahr 2014 höhere Zahl von Arbeitstagen bei; arbeitstäglich bereinigt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion um 1,8% zunehmen. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich auf 1,8% beschleunigen; davon dürften 0,2 Prozentpunkte auf die Überwälzung des durch den Mindestlohn induzierten Lohnanstiegs zurückzuführen sein. Die Arbeitslosenquote bleibt bei 6,7%. Die Finanzpolitik ist leicht expansiv ausgerichtet.

Gegenwind für die deutsche Konjunktur kommt von der Wirtschaftspolitik. Die Mehrheit der Institute ist der Auffassung, dass sie mit vielen der ergriffenen Maßnahmen ihren Zielen nicht näherkommt,

sondern neue Probleme schafft. Der flächendeckende Mindestlohn wird die Beschäftigungschancen Geringqualifizierter insgesamt eher schmälern und – da Transfers wegfallen werden – kaum zur Reduktion von Armut beitragen. Die abschlagsfreie Rente ab 63 konterkariert die Bemühungen, die Rentenversicherung an die steigende Lebenserwartung anzupassen. Bei den öffentlichen Investitionen liegt das Gewicht zu sehr auf den Mehrausgaben an sich. Was die europäische Wirtschaftspolitik betrifft, kommt es jetzt vor allem darauf an, die Bankbilanzen in den Krisenländern zu bereinigen, um eine lange Phase gedämpfter wirtschaftlicher Entwicklung und den damit verbundenen Risiken – u. a. für die Preisstabilität – zu vermeiden.

Tabelle:  
Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2011	2012	2013	2014	2015
Reales Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	3,3	0,7	0,4	1,9	2,0
Erwerbstätige im Inland in 1 000 Personen	41 152	41 608	41 841	42 151	42 236
Arbeitslose in 1 000 Personen	2 976	2 897	2 950	2 865	2 883
Arbeitslosenquote BA <sup>a</sup> in %	7,1	6,8	6,9	6,7	6,7
Verbraucherpreise <sup>b</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,1	2,0	1,5	1,3	1,8
Lohnstückkosten <sup>c</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,8	2,8	2,0	1,4	2,0
Finanzierungssaldo des Staates <sup>d</sup>					
in Milliarden Euro	-21,5	2,3	0,3	3,6	14,0
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-0,8	0,1	0,0	0,1	0,5
Leistungsbilanzsaldo					
in Milliarden Euro	178,4	198,6	206,0	224	228
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	6,8	7,4	7,5	7,9	7,7

<sup>a</sup> Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – <sup>b</sup> Verbraucherpreisindex (2010 = 100). – <sup>c</sup> Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – <sup>d</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2014 und 2015: Prognose der Institute.

Auffassungen des Konsortiums aus DIW Berlin und WIFO zur Wirtschaftspolitik, die von denen der Mehrheit der Institute abweichen, finden sich in einem Abschnitt „Eine andere Meinung“.

## Glaskugel Prognose – Warum werden ökonomische Prognosen nicht besser?

Oliver Holtemöller\*

*Während Prognosefehler bei kurzfristigen Wetterprognosen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich reduziert werden konnten, hat sich der durchschnittliche absolute Prognosefehler ökonomischer Prognosen für die jährliche Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in den vergangenen 45 Jahren kaum geändert. Dies liegt vor allem daran, dass sowohl in Bezug auf die tatsächlichen ökonomischen Wirkungszusammenhänge als auch in Bezug auf die relevanten zukünftigen ökonomischen Schocks eine fundamentale Unsicherheit besteht, die auch mit besseren Methoden und mehr Daten grundsätzlich nicht aufgehoben werden kann. Die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute sind allerdings unverzerrt und stellen daher eine solide Grundlage für die wirtschaftspolitische Planung dar. Trotz ihrer Unvollkommenheit sind wissenschaftlich fundierte Prognosen eine wichtige Grundlage rationaler Wirtschaftspolitik.*

Ansprechpartner: Oliver Holtemöller

JEL-Klassifikation: C53, E37

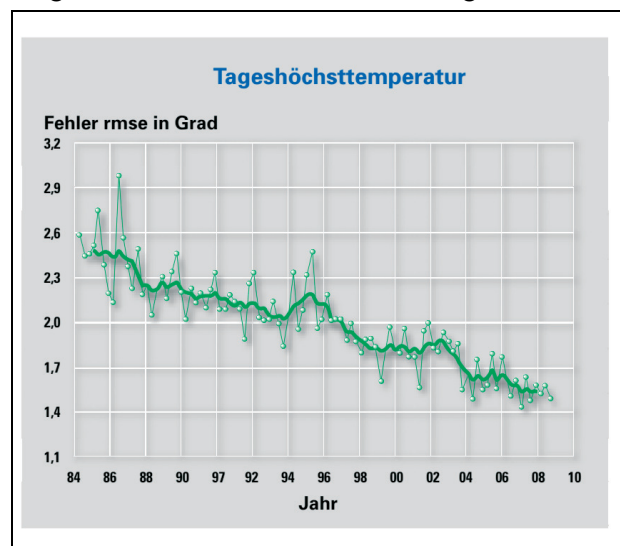
Schlagwörter: Prognose, Prognosefehler, Gemeinschaftsdiagnose

Sucht man mit einer Suchmaschine im Internet nach Ökonomenwitzen, ist einer der ersten Treffer: „Warum hat Gott die Ökonomen geschaffen? Damit die Wettervorhersager besser aussehen.“ Aber wie schneiden ökonomische Prognosen im Vergleich zu den Vorhersagen der Meteorologen tatsächlich ab? Unmittelbar lässt sich die Qualität der jeweiligen Prognosen natürlich nicht miteinander vergleichen. Wetterprognosen beziehen sich im Wesentlichen auf wenige Tage und auf die Höhe der Temperatur oder die Niederschlagsmenge. Ökonomische Prognosen haben oft einen Horizont von einem Jahr und mehr, und im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit steht die Prognose der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr.

Den Wettervorhersagern ist es in den vergangenen Jahrzehnten gelungen, ihre Prognosefehler merklich zu verringern. Der mittlere Prognosefehler bei der Tageshöchsttemperatur in den kommenden zwei Tagen – gemessen anhand der Quadratwurzel des mittleren quadratischen Prognosefehlers – ist seit den 1980er Jahren von etwa 2,5 Grad Celsius auf

circa 1,5 Grad Celsius gesunken (vgl. Abbildung 1). Diese Verbesserung kann zum einen mit besseren Prognosemodellen erklärt werden. Zum anderen spielt der Ausbau der Messinfrastruktur eine große Rolle; die Meteorologen wissen heute sehr genau, welche Temperatur aktuell an vielen verschiedenen Orten herrscht, und können ihre Prognosemodelle mit aktuellen und präzisen Daten füttern.

Abbildung 1:  
Prognosefehler bei der Wettervorhersage



Quelle: Deutscher Wetterdienst: [Wie gut sind Wettervorhersagen? Qualitätsprüfung beim DWD](#). Offenbach 2009, 7.

\* Der Artikel basiert auf einem Vortrag im Rahmen der 12. Langen Nacht der Wissenschaften in Halle (Saale) am 5. Juli 2013. Ich danke Katja Drechsel, Maïke Irrek, Axel Lindner und Brigitte Loose für wertvolle Hinweise sowie Jan-Luca Hennig für Hilfe bei der Datenaufbereitung.

Abbildung 2:  
Prognosefehler der Wirtschaftsforschungsinstitute bei der Gemeinschaftsdiagnose (GD)  
- Prognose jeweils im Herbst für das kommende Jahr -

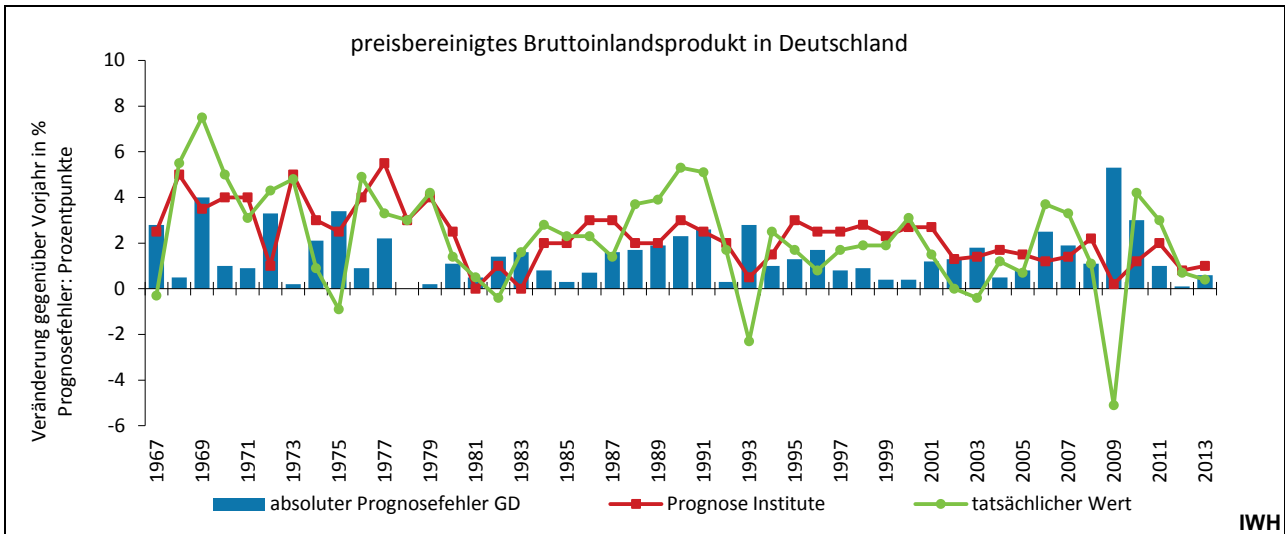
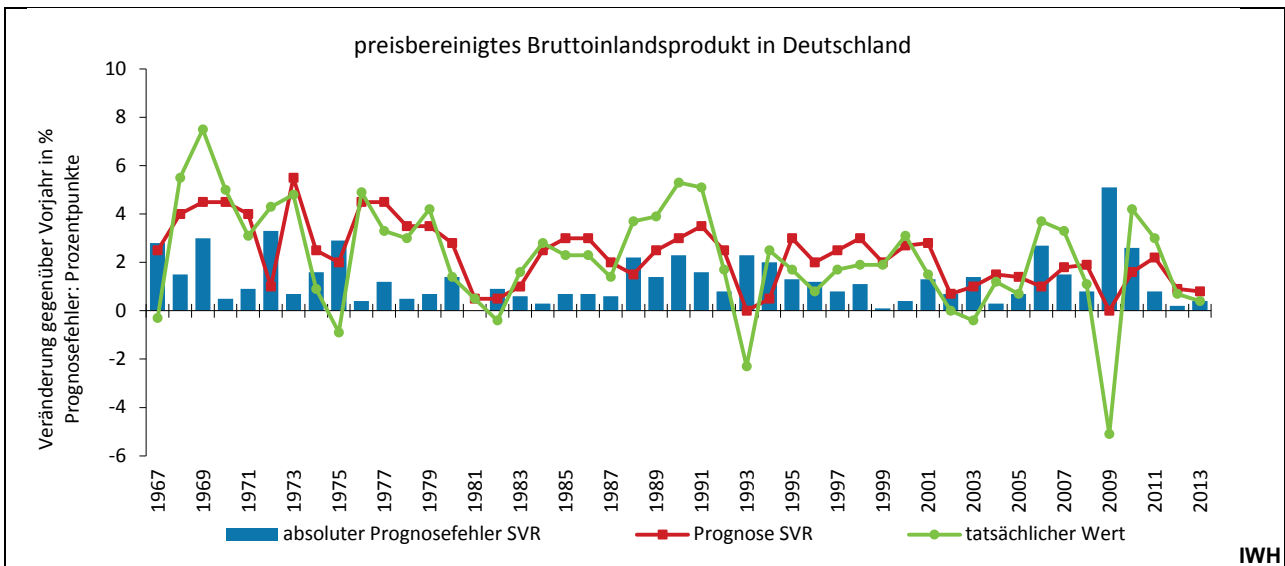


Abbildung 3:  
Prognosefehler des Sachverständigenrats (SVR) zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung  
- Prognose jeweils im Herbst für das kommende Jahr -



Quelle: Bruttel, O.: Bevölkerungsstimmung als Indikator für das Wirtschaftswachstum, in: *Wirtschaftsdienst*, Vol. 93 (6), 2013, 390-395; Darstellung des IWH.

Wie sieht es mit den Prognosen der Ökonomen aus? Die Abbildungen 2 und 3 zeigen, dass eine sinkende Tendenz beim Prognosefehler weder in den Prognosen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung noch in denen der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute bei der Gemeinschaftsdiagnose zu erkennen ist.<sup>1</sup> Vielmehr wechseln sich Phasen mit

relativ niedrigen Prognosefehlern und Phasen mit deutlich höheren Prognosefehlern ab. Der durchschnittliche mittlere Prognosefehler des Sachverständigenrats und der Gemeinschaftsdiagnose war zwischen 1967 und 1990 fast identisch mit dem mittleren absoluten Prognosefehler zwischen 1991 und 2012.<sup>2</sup> Immerhin gibt es keine systematische

<sup>1</sup> Siehe hierzu auch Heilemann, U.; Stekler, H. O.: Has the Accuracy of Macroeconomic Forecasts for Germany Im-

proved?, in: *German Economic Review*, Vol. 14 (2), 2013, 235-253.

<sup>2</sup> Der mittlere absolute Prognosefehler des Sachverständigenrats ist geringfügig niedriger als der der Wirtschafts-

Verzerrung der Prognose; der durchschnittliche Prognosefehler von Sachverständigenrat und Gemeinschaftsdiagnose lag in den vergangenen 45 Jahren bei einem Zehntel Prozentpunkt und ist nicht statistisch signifikant von null verschieden.

Warum werden die ökonomischen Prognosen nicht besser? Manche Beobachter machten dafür mangelnde Fähigkeiten der professionellen ökonomischen Prognostiker und Versäumnisse der ökonomischen Wissenschaft verantwortlich. Es ist aber sehr unwahrscheinlich, dass dies tatsächlich der Grund ist.<sup>3</sup> Mit ökonomischen Prognosen lässt sich nämlich Geld verdienen – sei es auf den Finanzmärkten oder sei es mit Aufträgen der öffentlichen Hand für diejenigen Wirtschaftsforschungsinstitute, die eine bessere Prognosequalität liefern als andere. Es gibt also starke Anreize, die Prognoseinstrumente kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu verbessern. Und tatsächlich verfügen die Wirtschaftsforschungsinstitute oder auch Bankvolkswirte heute über viel mehr Informationen, bessere Computer und ausgefeiltere ökonometrische und statistische Methoden als früher. Mit diesen Verbesserungen lassen sich aber einige für ökonomische Prognosen bedeutende Probleme nicht kompensieren. Auf drei davon soll im Folgenden kurz eingegangen werden. *Erstens* hat sich die Informationslage für Ökonomen nicht so deutlich verbessert wie bei den Meteorologen. So wird beispielsweise das Bruttoinlandsprodukt eines Quartals erst sechs Wochen nach Quartalsende vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht. Zudem handelt es sich dabei nur um eine erste Schätzung, die mehrere Jahre lang revidiert wird. Die mittlere absolute Differenz zwischen der ersten Veröffentlichung und demjenigen Wert für die vierteljährliche Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts, der nach vier Jahren in der Statistik steht, betrug im Zeitraum von 1999 bis 2009

---

forschungsinstitute, was unter anderem daran liegt, dass die Prognose des Sachverständigenrats etwas später im Jahr als die Gemeinschaftsdiagnose veröffentlicht wird, und damit aktuellere Informationen einfließen können. Der Prognosehorizont ist also nicht identisch.

<sup>3</sup> Vgl. auch Döpke, J.; Fritsche, U.: Zehn Gebote zum Umgang mit Konjunkturprognosen, in: *Zeitschrift für Politikberatung*, Vol. 2 (1), 2009, 26-42. – Döpke, J.; Fritsche, U.; Siliverstovs, B.: Evaluating German Business Cycle Forecasts under an Asymmetric Loss Function, in: *Journal of Business Cycle Measurement and Analysis*, Vol. 2010 (1), 2010, 1-18.

circa 0,3 Prozentpunkte.<sup>4</sup> Es ist auch nicht ohne Weiteres klar, welcher veröffentlichte Wert eigentlich für die Berechnung von Prognosefehlern herangezogen werden sollte. In der öffentlichen Wahrnehmung dürften es eher die ersten amtlichen Veröffentlichungen sein, an denen die Ökonomen gemessen werden. Wichtiger scheint indes, dass die Prognose auf die tatsächliche Lage abzielt, und die entspricht eher der finalen amtlichen Veröffentlichung nach Berücksichtigung aller verfügbaren Informationen. Außerdem ist das Bruttoinlandsprodukt selbst nach allen Revisionen mit erheblicher Messungenauigkeit behaftet, während sich beispielsweise die Temperatur sehr genau messen lässt.<sup>5</sup> *Zweitens* besteht in der Wirtschaftswissenschaft eine große Unsicherheit über die tatsächlichen Wirkungszusammenhänge. Experimente, bei denen sich kontrolliert Parameter verändern lassen, um deren ökonomische Wirkung eindeutig zu belegen, sind im makroökonomischen Kontext so gut wie unmöglich.<sup>6</sup> Wie Meteorologen müssen Makroökonomien vor allem aus den verfügbaren empirischen Daten lernen. Der Wandel der modernen Wirtschaftswelt übertrifft die Geschwindigkeit des Klimawandels allerdings bei Weitem, und so gibt es für viele relevante gesamtwirtschaftliche Fragen keine passgenauen Präzedenzfälle. Für die Prognose der Folgen eines Schuldenschnitts in Griechenland etwa können Wirtschaftswissenschaftler zwar Evidenz von anderen öffentlichen Schuldenschnitten heranziehen. Aber die Situation in Griechenland unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von anderen Fällen, nicht zuletzt durch die Mitgliedschaft in einer Wäh-

---

<sup>4</sup> Für aktuellere Werte ist der vierjährige Revisionszyklus noch nicht abgeschlossen, daher werden sie in diese Berechnung nicht mit einbezogen.

<sup>5</sup> Zur Datenqualität des Bruttoinlandsprodukts für Deutschland siehe Qualitätsbericht für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (<http://www.destatis.de> – Publikationen – Qualitätsberichte – Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen), und zur Güte des Bruttoinlandsprodukts als Indikator für relevante wirtschaftliche Aktivität siehe *Deutscher Bundestag*: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. *Drucksache 17/13300*, 2013, 232-234.

<sup>6</sup> Versuche, Experimente oder an Experimente angelehnte Methoden für die Analyse der Wirtschaftspolitik zu verwenden, befinden sich in Deutschland noch in den Kinderschuhen, vgl. Buch, C. M.; Schmidt, C. M.; Schnitzler, M.: Die Politiker beim Wort nehmen, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.09.2013, 12.



rungsunion. Außerdem gibt es zahlreiche Einflussfaktoren, die sich kaum oder gar nicht mit dem für ökonomische Prognosen relevanten zeitlichen Vorlauf vorhersagen lassen. Dazu zählen beispielsweise geopolitische Veränderungen oder Naturkatastrophen. Wissenschaftlich fundierte quantitative Vorhersagen sind somit in vielen Fällen problematisch; es lassen sich oft nur mehr oder weniger plausible Szenarien abbilden. *Drittens* unterscheidet sich menschliches Verhalten, und damit auch wirtschaftliche Aktivität, in einem für Prognosen zentralen Punkt vom Wetter. Das Wetter reagiert nicht auf Wetterprognosen. Wenn heute schlechtes Wetter für morgen prognostiziert wird, dann reagieren wir mit entsprechender Kleidung und gegebenenfalls auch anderen Vorkehrungen darauf. Aber wir versuchen nicht, das morgige Wetter zu ändern. Das ist bei ökonomischen Prognosen anders. Wenn Prognostiker zu dem Schluss kommen, dass sich die wirtschaftliche Lage in den kommenden Monaten verschlechtern dürfte, dann werden häufig wirtschaftspolitische Maßnahmen erwogen, um die Lage zu stabilisieren. Ebenso werden wirtschaftspolitische Eingriffe, die zu ungünstigeren ökonomischen Prognosen führen, möglicherweise unterlassen. Auch beeinflussen ökonomische Prognosen die Erwartungen von Marktteilnehmern und haben auch so Effekte auf die wirtschaftliche Aktivität.<sup>7</sup> Diese Effekte sind mit erheblicher Unsicherheit verbunden – und zwar wiederum aufgrund der bereits zuvor beschriebenen grundsätzlichen Probleme bei der Identifikation makroökonomischer Wirkungszusammenhänge.

Es ist allerdings nicht so, dass sich wissenschaftlicher Fortschritt gar nicht in den ökonomischen Prognosen widerspiegeln würde. Im Gegenteil, für kürzere Prognosehorizonte, insbesondere für das laufende und das kommende Quartal, können heutzutage mit Hilfe von Indikatoren und ökonometrischen Modellen bessere Prognosen als früher abgegeben werden.<sup>8</sup> Auch sind Ökonomen heutzun-

tage besser in der Lage, die aktuelle Entwicklung mit quantitativen Modellen zu erklären und damit eine wichtige Fundierung wirtschaftspolitischer Entscheidungen zu liefern. Insgesamt lässt sich aber festhalten, dass gesamtwirtschaftliche Prognosen für Prognosehorizonte von mehr als ein oder zwei Quartalen eher den Charakter von plausiblen Szenarien haben. Ökonomen behaupten nicht, die Zukunft exakt berechnen zu können. Dies wird u. a. daran deutlich, dass zu einer wissenschaftlich fundierten Prognose immer auch ein Maß für die Prognoseunsicherheit gehört. Oftmals sind Prognoseintervalle Bestandteil gesamtwirtschaftlicher Prognosen; in der Berichterstattung in den Medien werden sie jedoch nicht deutlich genug hervorgehoben.

Unbeschadet aller Unsicherheit sind gesamtwirtschaftliche Prognosen wichtig. Rationale Wirtschaftspolitik sollte sich auf solide empirische Analysen der gesamtwirtschaftlichen Wirkung wirtschaftspolitischer Maßnahmen stützen. Auch die Finanzpolitik braucht für die Planung und Steuerung der öffentlichen Ausgaben und Einnahmen belastbare Prognosen der wirtschaftlichen Aktivität und deren Wirkung auf die öffentlichen Haushalte. Es hat sich bewährt, dass sich die Bundesregierung bei dieser schwierigen Aufgabe vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den Wirtschaftsforschungsinstituten beraten lässt. Sie sorgen dafür, dass die Prognosen dem aktuellen Stand der Wissenschaft entsprechen, und wirken vor allem einer politisch motivierten Manipulation der Prognosen entgegen. In der politischen Arena könnten sonst beispielsweise höhere Staatsausgaben leicht mit allzu optimistischen Prognosen gerechtfertigt werden – mit langfristig sehr nachteiligen Folgen etwa für die Staatsverschuldung. Wirtschaftsprognostiker müssen freilich immer wieder über die Unsicherheit der Vorhersagen und die grundsätzlichen Gründe für diese Unsicherheit aufklären.

---

<sup>7</sup> Dies kann zwar kurzfristig in Richtung einer selbsterfüllenden Prophezeiung wirken, aber auf Dauer auch destabilisieren: Wenn die Akteure sich zu sehr auf die vorherrschenden Prognosen verlassen, könnten wichtige private Informationen vernachlässigt werden, wie es im Vorfeld der weltweiten Finanzkrise der Fall gewesen ist.

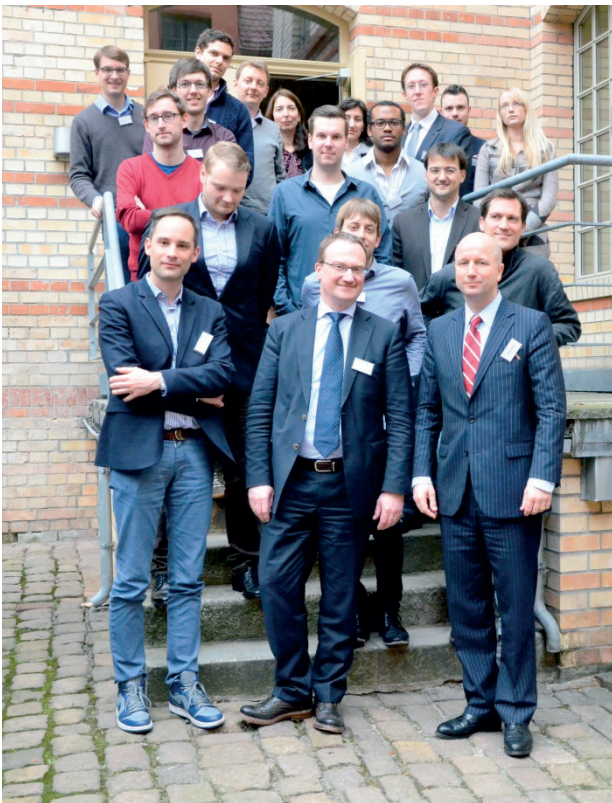
<sup>8</sup> Zu den modernen Methoden bei der Kurzfristprognose siehe beispielsweise *Deutsche Bundesbank: Prognosemodelle in*

---

der kurzfristigen Konjunkturanalyse – Ein Werkstattbericht. [Monatsbericht September 2013](#), 69-84.

## 4. IWH/INFER-Workshop on Applied Economics and Economic Policy: „A New Fiscal Capacity for the EU?“

Am 17. und 18. März 2014 fand am IWH in Zusammenarbeit mit dem International Network for Economic Research (INFER) der 4. Workshop „Applied Economics and Economic Policy“ statt. Im Rahmen des Workshops stellten Wissenschaftler europäischer Universitäten und internationaler Organisationen ihre neuesten Forschungsergebnisse zu aktuellen ökonomischen Fragen und Problemen vor. Dabei war es nicht nur Ziel der Veranstaltung, aktuelle Forschungsergebnisse vorzustellen, sondern auch mit Vertretern aus Wissenschaft und Praxis über die aktuelle Wirtschaftspolitik und das Spezialthema „A New Fiscal Capacity for the EU?“ zu diskutieren.



Workshop-Teilnehmer.

Foto: IWH.

Thematisch umfassten die Vorträge ein breites Spektrum, in dem aktuelle wirtschaftspolitische Themen sowohl empirisch als auch theoretisch untersucht wurden. Mit *Helge Berger* (Berater des Internationalen Währungsfonds in der europäischen Abteilung sowie Freie Universität Berlin) und *Lars Feld*

(Walter Eucken Institut Freiburg sowie Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) konnten zwei international renommierte Keynote Speaker gewonnen werden, die ihre unterschiedlichen Erfahrungen und Überzeugungen zur Fragestellung gemeinsamer europäischer Fiskalkapazitäten in die Diskussion einbrachten. Dadurch bekamen die Teilnehmer Einblicke in die aktuelle Debatte zu Möglichkeiten einer Zentralisierung europäischer Fiskalpolitik – sowohl aus Sicht eines Befürworters aus einer supranationalen Organisation als auch Sicht eines Kritikers.

### *Eine Fiskalunion für Europa*

In seinem Keynote-Vortrag beschäftigte sich *Helge Berger* mit der Frage, ob die Europäische Währungsunion um eine Fiskalunion ergänzt werden sollte. Sein Ausgangspunkt war dabei, dass in einer Währungsunion ohne Fiskalunion Arbeits- und Kapitalmobilität für eine Teilung von Risiko gegeben sein müssen. Während die Arbeitsmobilität im gemeinsamen Währungsraum im internationalen Vergleich gering ist, scheint die Mobilität von Kapital



Keynote von Helge Berger (Berater des Internationalen Währungsfonds in der europäischen Abteilung sowie Freie Universität Berlin).

Foto: IWH.

bis zur Krise hoch gewesen zu sein. Seit 2008 kann allerdings eine steigende Tendenz beobachtet werden, Ersparnisse im Heimatland zu investieren. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass Kapitalmärkte und insbesondere Banken eine gewisse Risikoteilung ermöglichen, aber diese gerade in Krisenzeiten nur eingeschränkt funktioniert. Daher ist, ähnlich wie in anderen föderal organisierten Staaten, eine Fiskalkapazität zur Kompensation von ungleich verteilten, transitorischen Schocks notwendig. Durch die Konzentration auf transitorische Schocks könnten permanente Transfers vermieden werden.

### *Ist eine vertiefte europäische Fiskalpolitik überhaupt notwendig?*

Lars Feld hatte in seiner Keynote allerdings erhebliche Zweifel an der zielgerechten Umsetzbarkeit eines Instruments, das nicht zu permanenten Transfers führen soll. Schon allein Schwierigkeiten in der korrekten Bestimmung kontemporärer transitorischer Schocks führten dazu, dass es voraussichtlich anstatt der gewünschten gleichberechtigten Risikoteilung zu permanenten Transfers käme. Neben dem Problem der Messbarkeit lassen sich außerdem verschiedene Fehlanreize anführen, die problematisch für eine europäische Fiskalkapazität wären. Hierzu gehören beispielsweise *moral hazard* und fehlende Anreize für Budgetkonsolidierung und Strukturreformen. Die Keynote schloss mit dem Argument, dass die bestehenden und bereits geplanten gemeinsamen Instrumente wie das Verfahren zur Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte, eine Bankenunion und der Europäische Stabilitätsmechanismus zur Risikoteilung vollkommen ausreichen, falls Anreize geschaffen würden, diese Instrumente frühzeitig in Anspruch zu nehmen.

### *Aktuelle Ergebnisse aus der Forschung*

Weitere Vorträge befassten sich mit der Besonderheit von Fiskalpolitik in föderalen Systemen, der optimalen Gestaltung und Nachhaltigkeit von Fiskalpolitik sowie der Übertragung von Risiken zwischen dem Staatshaushalt und dem Finanzsystem. Im Mittelpunkt aller fünf Sessions stand die Kernfrage nach einer optimalen (föderalen) Fiskalpolitik, auch im Hinblick auf Zeiten der aktuellen Schulden- und Vertrauenskrise.



Keynote von Lars Feld (Walter Eucken Institut Freiburg sowie Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung).

Foto: IWH.

Die Veranstalter bedanken sich herzlich bei allen Gästen und Referenten für die Teilnahme und freuen sich darauf, die Konferenzserie im kommenden Jahr mit Präsentationen aus allen Bereichen der angewandten Wirtschaftspolitik fortsetzen zu können.

*Birgit Schultz*  
([Birgit.Schultz@iwh-halle.de](mailto:Birgit.Schultz@iwh-halle.de)),  
*Gregor von Schweinitz*  
([Gregorvon.Schweinitz@iwh-halle.de](mailto:Gregorvon.Schweinitz@iwh-halle.de))

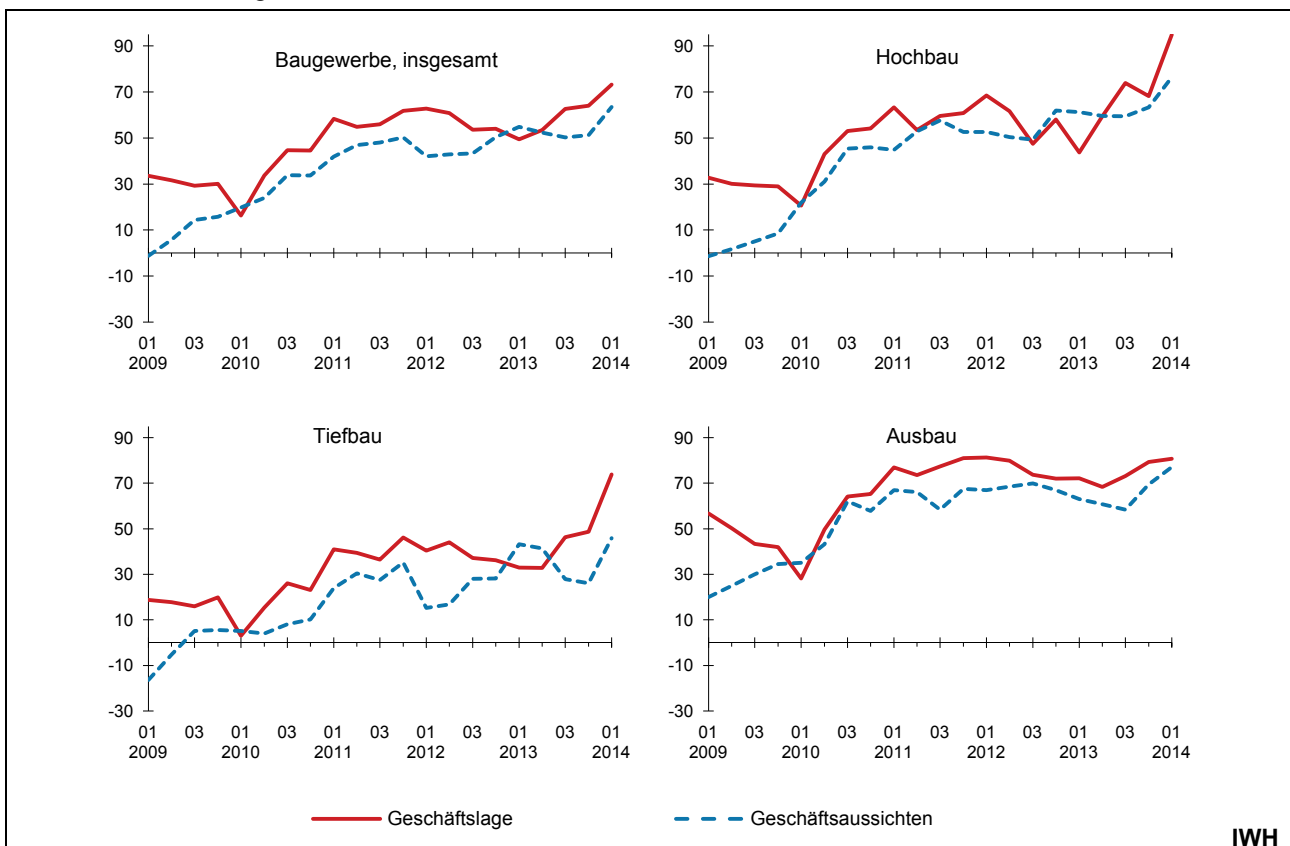
## IWH-Baumfrage im ersten Quartal 2014: Klima am Bau deutlich aufgehellt

Die Geschäfte der 300 vom IWH befragten ostdeutschen Bauunternehmen sind zu Beginn des Jahres 2014 außerordentlich gut gelaufen. Die Unternehmen haben sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Geschäftsaussichten deutlich besser bewertet als zum Jahresende 2013. Beide Stimmungskennzahlen steigen um etwa zehn Saldenpunkte (vgl. Abbildung 1 und Tabelle). Der Auftrieb bei der aktuellen Geschäftslage überrascht nicht, da es wegen des vergleichsweise milden Winterwetters kaum zu Produktionsbehinderungen gekommen ist.

Die Saisonbereinigungsverfahren können solche im längerfristigen Vergleich eher ungewöhnlichen

Wetterkonstellationen nicht herausfiltern. Die Aufhellung ist deshalb zu relativieren. Allerdings ist auch bei den Aussichten eine deutliche Aufwärtsbewegung zu beobachten. Der Auftragsfluss ist nach wie vor intakt, und die Liquiditätsausstattung fällt nochmals besser aus. Außerdem gehen die Unternehmen von größeren Möglichkeiten der Preisüberwälzung und damit steigenden Erträgen aus (vgl. Abbildung 2). Ungeachtet der witterungsbedingten Überbewertung der aktuellen Geschäfte sagen die Unternehmen ausgehend von den guten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch bis zum Herbst 2014 eine anhaltend gute Baukonjunktur voraus. Diese Gesamtentwicklung spiegelt

Abbildung 1:  
Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe - Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte -



<sup>a</sup> Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

sich in allen Sparten wider, allerdings mit unterschiedlicher Intensität.

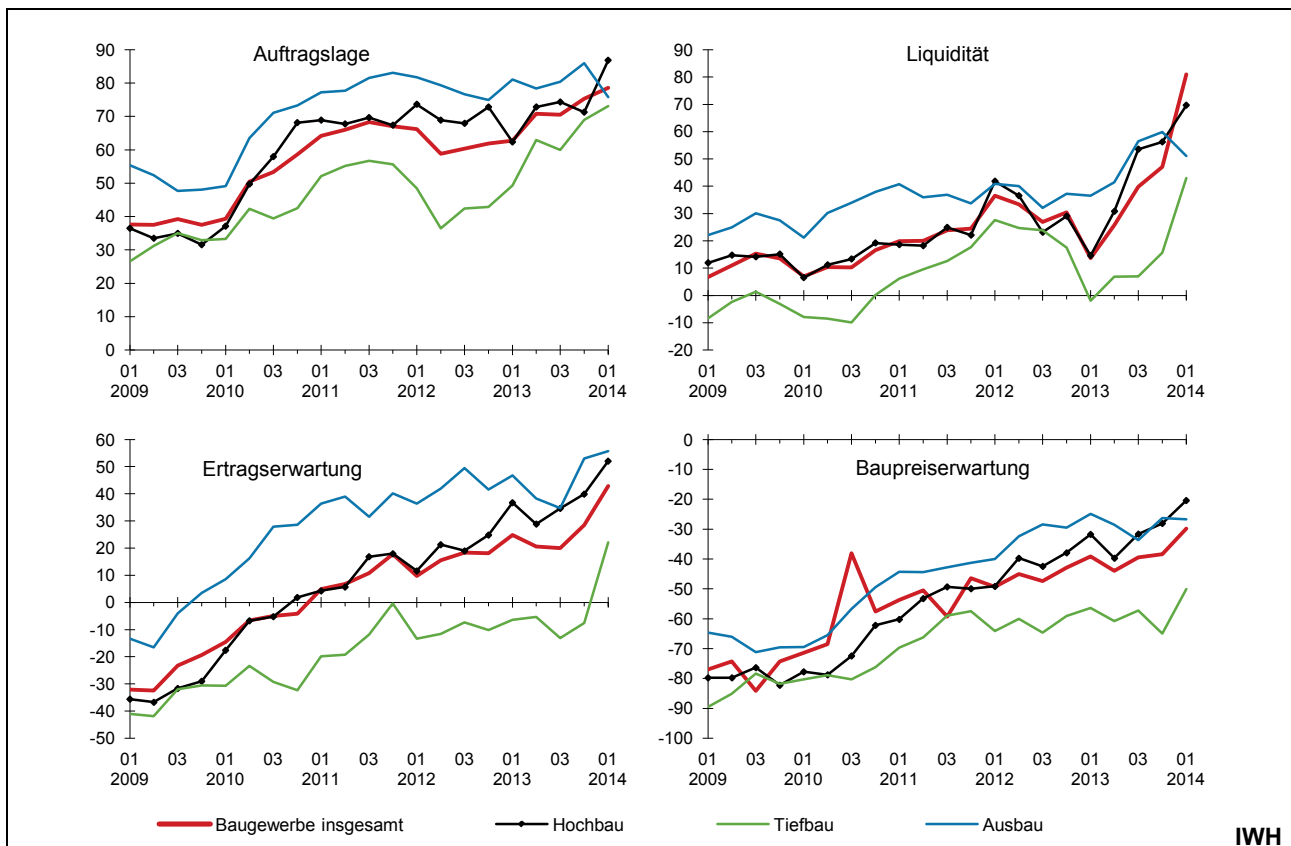
Die Unternehmen aus dem *Hoch-* und dem *Tiefbau*, die vom milden Winter im besonderen Maße profitieren, signalisieren am aktuellen Rand den stärksten Auftrieb. Die Salden aus den positiven und negativen Meldungen zur Geschäftslage steigen hier um mehr als 20 Punkte. Die Aussichten werden von den Unternehmen ebenfalls als sehr vorteilhaft eingeschätzt. Auch ohne Berücksichtigung der flutbedingten Reparaturarbeiten bleibt die Wertschöpfung im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau aufwärtsgerichtet. Zudem zieht mit der gesamtwirtschaftlichen Aufhellung auch der Wirtschaftsbau langsam an. So stellt sich die Auftragslage laut Umfrage zu Beginn des Jahres 2014 erneut günstiger dar als zuvor (vgl. Abbildung 2), besonders deutlich verbessert sie sich im Hochbau. Zugleich gehen die Unternehmen von weiter durchsetzbaren Baupreis- und Ertragssteigerungen und

einer günstigeren Liquiditätsausstattung aus. Deutlich scheint sich hier die Situation im Tiefbau zu verbessern.

Im *Ausbau* verharrt die aktuelle Geschäftslage in etwa auf dem hohen Niveau vom Jahresende 2013. Hinsichtlich der zu erwartenden Baugeschäfte sind die Ausbauunternehmen aber wieder etwas optimistischer als zuvor. Auch wenn sich die gute Auftragslage nicht weiter verbessert, so sind bei offensichtlich hohen Auftragsbeständen die Produktionserwartungen weiter aufwärtsgerichtet. Hierzu dürften auch noch anstehende Baumaßnahmen zur Beseitigung von Flutschäden gehören. Bei den Ertrags- und Baupreiserwartungen fällt der Ausbaubereich allerdings mit einer stagnierenden Tendenz deutlich gegenüber den anderen Sparten ab.

Brigitte Loose  
([Brigitte.Loose@iwh-halle.de](mailto:Brigitte.Loose@iwh-halle.de))

Abbildung 2:  
Auftragslage, Liquidität, Ertrags- und Baupreiserwartungen laut IWH-Baumfragen  
- Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte -



<sup>a</sup> Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

Tabelle:  
 Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen Baugewerbe  
 - Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte -

	1/12	2/12	3/12	4/12	1/13	2/13	3/13	4/13	1/14
<b>Baugewerbe insgesamt</b>									
Lage	63	61	54	54	49	53	63	64	73
Aussichten	42	43	43	50	55	52	50	51	63
Produktion	62	52	52	46	35	47	51	59	80
Auftragslage	66	59	60	62	63	71	71	75	79
Liquidität	37	33	27	30	14	26	40	47	81
Baupreise	-46	-49	-51	-49	-52	-45	-40	-40	-31
Produktionserwartungen	41	41	45	46	50	46	44	51	65
Ertragserwartungen	10	16	18	18	25	21	20	29	43
Baupreiserwartungen	-49	-45	-47	-43	-39	-44	-39	-38	-30
<b>Hochbau</b>									
Lage	68	62	47	58	44	59	74	68	95
Aussichten	53	50	49	62	61	60	59	63	76
Produktion	71	59	54	56	36	55	65	66	100
Auftragslage	74	69	68	73	62	73	74	71	87
Liquidität	42	37	23	29	15	31	54	56	70
Baupreise	-42	-46	-45	-46	-45	-38	-32	-24	-20
Produktionserwartungen	45	45	45	54	58	53	53	54	69
Ertragserwartungen	12	21	19	25	37	29	35	40	52
Baupreiserwartungen	-49	-40	-42	-38	-32	-40	-32	-28	-20
<b>Tiefbau</b>									
Lage	40	44	37	36	33	33	46	49	74
Aussichten	15	17	28	28	43	41	28	26	46
Produktion	46	37	38	23	13	22	26	37	54
Auftragslage	48	36	42	43	49	63	60	69	73
Liquidität	28	25	24	18	-2	7	7	16	43
Baupreise	-57	-64	-67	-67	-68	-63	-63	-66	-61
Produktionserwartungen	23	20	28	25	35	30	23	33	55
Ertragserwartungen	-13	-12	-7	-10	-6	-5	-13	-8	22
Baupreiserwartungen	-64	-60	-65	-59	-56	-61	-57	-65	-50
<b>Ausbau</b>									
Lage	81	80	74	72	72	68	73	79	81
Aussichten	67	69	70	67	63	61	58	69	77
Produktion	72	63	68	65	60	68	65	75	80
Auftragslage	82	79	77	75	81	78	80	86	76
Liquidität	41	40	32	37	37	41	56	60	51
Baupreise	-40	-35	-40	-33	-40	-35	-27	-31	-17
Produktionserwartungen	59	61	66	61	60	58	54	68	74
Ertragserwartungen	36	42	49	42	47	38	35	53	56
Baupreiserwartungen	-40	-32	-28	-29	-25	-29	-34	-26	-27

<sup>a</sup> Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („guten“ bzw. „eher guten“) und negativen („schlechten“ bzw. „eher schlechten“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Baumfragen.

## IWH-Industrienumfrage im ersten Quartal 2014: Florierende Geschäfte

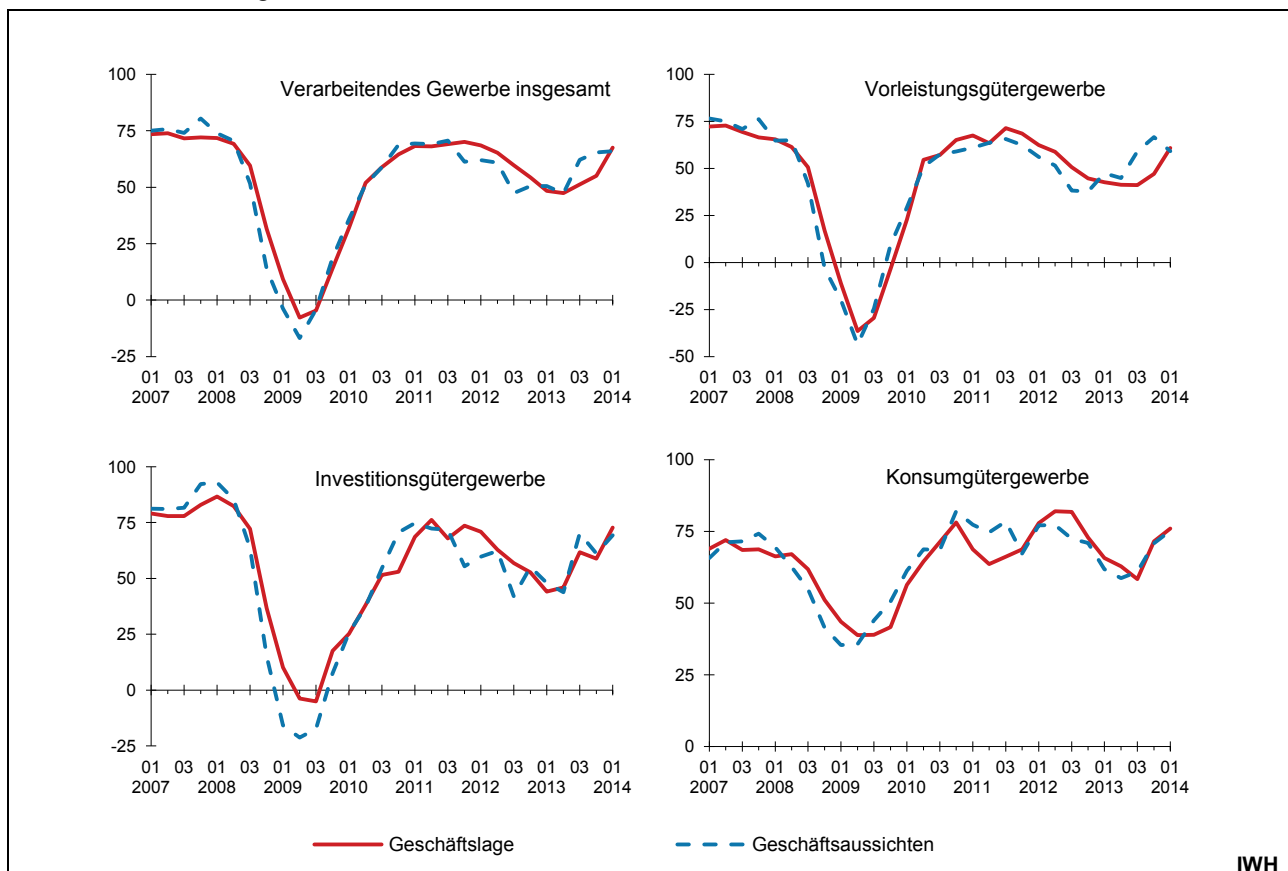
Die optimistischen Erwartungen, die in der ostdeutschen Industrie am Ende des Jahres 2013 vorherrschten, haben sich im ersten Quartal dieses Jahres erfüllt. Das geht aus den Ergebnissen der IWH-Industrienumfrage unter rund 300 Unternehmen hervor. Die aktuelle Geschäftslage hat einen starken Aufwärtsschub erhalten. Der Saldo von positiven und negativen Urteilen hat sich gegenüber dem Vorquartal um 13 Punkte erhöht. Die Geschäftsaussichten sind auf dem hohen Niveau der vorherigen Umfrage geblieben (vgl. Abbildung 1).

Zurzeit floriert die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe. Doch auch die vorlaufenden Indikatoren Auftragslage und Produktionserwartungen haben sich seit der letzten Umfrage verbessert. Der

Saldo der Auftragslage stieg um elf Punkte und überflügelte damit den Vorjahreswert deutlich (vgl. Abbildung 2 und Tabelle). Dies spricht dafür, dass die konjunkturellen Impulse des Exports nunmehr auch in der ostdeutschen Industrie insgesamt angekommen sind.

So melden die Produzenten von Vorleistungsgütern gegenüber dem Vorquartal eine spürbare Verbesserung der Geschäftslage. Die Auftragslage wird um 17 Saldenpunkte besser als im Vorquartal beurteilt und erreicht im Saldo den höchsten Wert seit zwei Jahren. Trotz der gefüllten Auftragsbücher ist diese Sparte bezüglich der Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate weniger optimistisch als in der vorherigen Umfrage. Die Produktions-

Abbildung 1:  
Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte -



<sup>a</sup> Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („gut“ bzw. „eher gut“) und negativen („schlecht“ bzw. „eher schlecht“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die IWH-Website, „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

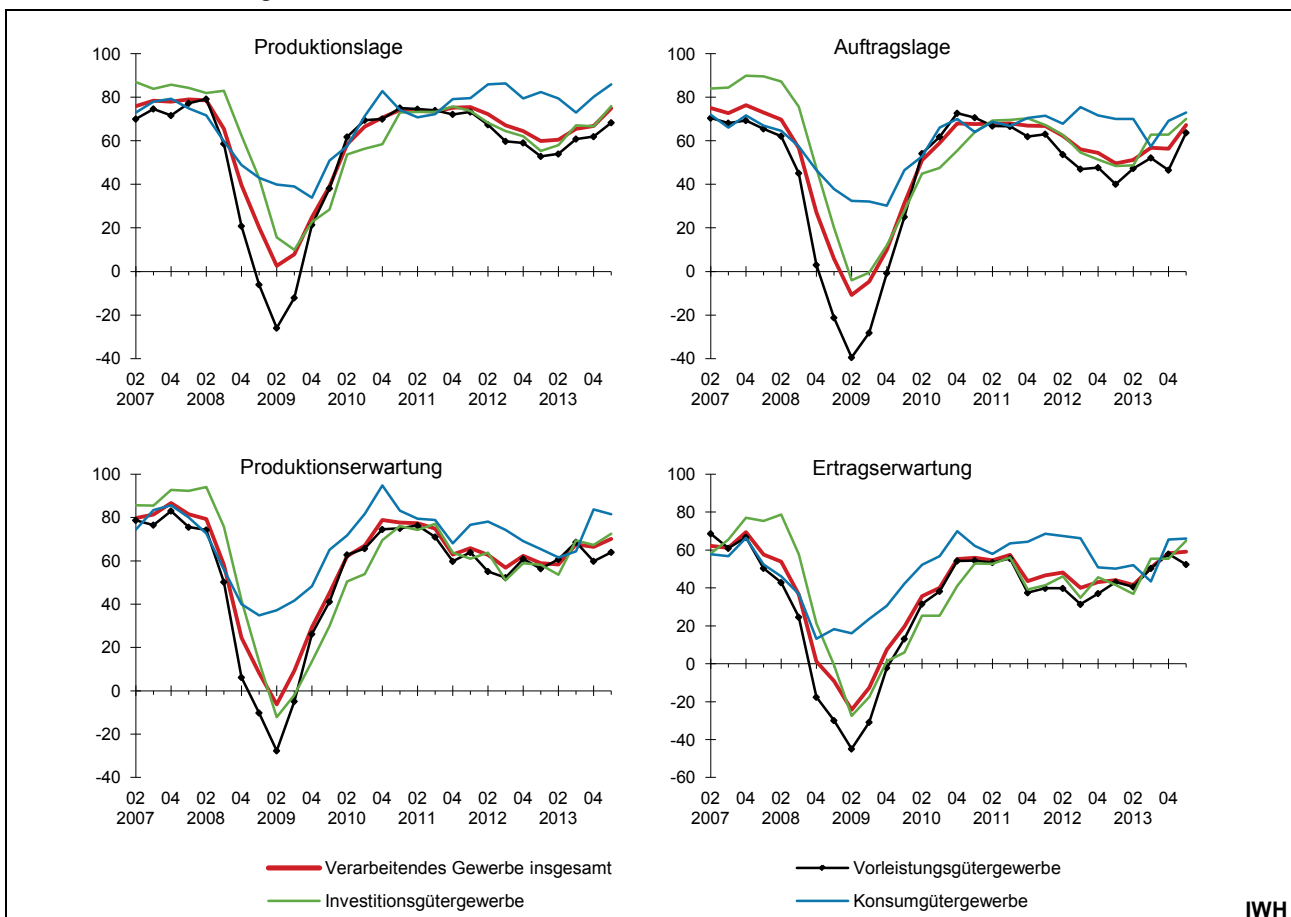
erwartungen werden allerdings nochmals besser bewertet, sodass die etwas schwächere Beurteilung der Aussichten wohl als Normalisierung zu deuten ist.

Im Investitionsgütergewerbe hat sich die Stimmung spürbar verbessert. Alle Indikatoren werden im Saldo höher bewertet als im Vorquartal. So stieg der Saldo bei der Lage um 14 Punkte, bei den Aussichten um acht Punkte (vgl. Tabelle). Die konjunkturelle Schwächephase und die damit einhergehende Verunsicherung, die sich in einem Auf und Ab der Stimmung im letzten Jahr zeigte, scheint überwunden. Der Aufwärtstrend und das hohe Niveau der vorlaufenden Indikatoren Auftragslage, Produktions- und Ertragserwartungen (vgl. Abbildung 2) deuten zudem darauf hin, dass es sich nicht nur um ein Strohfeuer handelt.

Im Konsumgütergewerbe hatte sich das Geschäftsklima bereits im vierten Quartal 2013 spürbar erwärmt. Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage und der Aussichten hat sich seitdem nochmals verbessert, wenn auch nicht in so starkem Umfang wie in den anderen fachlichen Hauptgruppen. Da die Rahmenbedingungen – eine gute Arbeitsmarktlage und steigende Realeinkommen – nach wie vor bestehen, sollte sich die Konsumgütersparte in ruhigem Fahrwasser befinden. Laut Gesellschaft für Konsumforschung ist die Sparneigung jüngst erstmals seit längerem wieder gestiegen.\* Ob dies dazu führt, dass weniger Konsumgüter angeschafft werden, bleibt abzuwarten.

Cornelia Lang ([Cornelia.Lang@iwh-halle.de](mailto:Cornelia.Lang@iwh-halle.de))

Abbildung 2:  
Produktionslage, Auftragslage, Produktions- und Ertragserwartungen laut IWH-Industrienumfragen - Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte -



<sup>a</sup> Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („gut“ bzw. „eher gut“) und negativen („schlecht“ bzw. „eher schlecht“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

\* GfK Gesellschaft für Konsumforschung Nürnberg: [Pressemitteilung vom 26. März 2014](#). Nürnberg 2014.



Tabelle:

Ergebnisse der IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe

- Salden<sup>a</sup>, saisonbereinigte Quartalswerte -

	1/12	2/12	3/12	4/12	1/13	2/13	3/13	4/13	1/14
<b>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</b>									
Lage	69	65	60	54	48	47	51	55	68
Aussichten	62	61	47	51	51	47	62	65	66
Produktion	76	72	67	64	60	60	65	67	75
Auftragslage	67	62	56	54	50	51	57	56	67
Liquidität	55	54	51	55	48	52	57	59	65
Produktionserwartungen	66	63	57	62	59	58	68	66	70
Ertragserwartungen	47	48	40	43	44	42	51	58	59
<b>Vorleistungsgütergewerbe</b>									
Lage	62	59	51	45	43	41	41	47	61
Aussichten	56	52	38	38	47	45	59	67	59
Produktion	73	67	60	59	53	54	61	62	68
Auftragslage	63	54	47	48	40	47	52	47	64
Liquidität	52	55	49	55	50	50	57	57	64
Produktionserwartungen	64	55	52	61	56	61	69	60	64
Ertragserwartungen	40	40	31	37	43	41	50	58	52
<b>Investitionsgütergewerbe</b>									
Lage	71	63	57	53	44	46	62	59	73
Aussichten	60	62	42	55	48	44	70	61	69
Produktion	74	68	64	62	55	58	67	67	76
Auftragslage	67	63	55	51	48	49	63	63	70
Liquidität	57	53	57	60	48	54	57	64	72
Produktionserwartungen	61	64	51	59	58	54	69	67	73
Ertragserwartungen	41	46	35	46	42	37	55	55	65
<b>Konsumgütergewerbe</b>									
Lage	78	82	82	73	66	63	58	72	76
Aussichten	77	77	72	71	62	55	61	71	75
Produktion	80	86	86	79	82	79	73	80	86
Auftragslage	72	68	75	72	70	70	57	69	73
Liquidität	57	54	47	48	45	52	55	53	53
Produktionserwartungen	77	78	74	69	65	62	64	84	81
Ertragserwartungen	69	67	66	51	50	52	43	65	66

<sup>a</sup> Die Salden der dargestellten Größen werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven („gut“ bzw. „eher gut“) und negativen („schlecht“ bzw. „eher schlecht“) Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen als Ursprungswerte und in saisonbereinigter Form siehe die [IWH-Website](#), „Daten und Analysen/Aktuelle Konjunktur/Download“.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

## Exploring the Evolution of Innovation Networks in Science-driven and Scale-intensive Industries – New Evidence from a Stochastic Actor-based Approach

Our primary goal is to analyse the drivers of evolutionary network change processes by using a stochastic actor-based simulation approach. We contribute to the literature by combining two unique datasets, concerning the German laser and automotive industry, between 2002 and 2006 to explore whether geographical, network-related, and technological determinants affect the evolution of networks, and if so, as to what extent these determinants systematically differ for science-driven industries compared to scale-intensive industries. Our results provide empirical evidence for the explanatory power of network-related determinants in both industries. The 'experience effect' as well as the 'transitivity effect' are significant for both industries but more pronounced for laser manufacturing firms. When it comes to 'geographical effects' and 'technological effects', the picture changes considerably. While geographical proximity plays an important role in the automotive industry, firms in the laser industry seem to be less dependent on geographical closeness to cooperation partners; instead, they rather search out for cooperation opportunities in distance. This might reflect the strong dependence of firms in science-driven industries to access diverse external knowledge, which cannot necessarily be found in the close geographical surrounding. Technological proximity negatively influences cooperation decisions for laser source manufacturers, yet has no impact on automotive firms. In other words, technological heterogeneity seems to explain, at least in science-driven industries, the attractiveness of potential cooperation partners.

*Tobias Buchmann, Daniel Hain, Muhamed Kudic, Matthias Müller:* Exploring the Evolution of Innovation Networks in Science-driven and Scale-intensive Industries – New Evidence from a Stochastic Actor-based Approach. IWH-Diskussionspapiere Nr. 1/2014, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/1-14.pdf>.

## Technological Activities in CEE Countries: A Patent Analysis for the Period 1980-2009

The aim of this paper is to analyze the technological activities of Central and Eastern European (CEE) economies and to compare them with the technological activities of other world regions. Using data from the EPO Worldwide Statistical Database for the period 1980-2009, the analysis is based on counts of priority patent applications over time. In terms of priority patent applications, CEE reduced its technological activities drastically in absolute and per capita terms after 1990. The level of priority patent applications in this world region maintained more recently a stable level below the performance of EU15, South EU and the former USSR. In what concerns technological specialization, the results suggest a division of labor in technological activities among world regions where Europe, Latin America and the former USSR are mainly specializing in sectors losing technological dynamism in the global patent activities (Chemicals and/or Mechanical Engineering) while North America, the Middle East (especially Israel) and Asia Pacific are increasingly specializing in Electrical Engineering, a sector with strong technological opportunities.

*Iciar Dominguez Lacasa, Alexander Giebler:* Technological Activities in CEE Countries: A Patent Analysis for the Period 1980-2009. IWH-Diskussionspapiere Nr. 2/2014, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/2-14.pdf>.

## Veranstaltungen

### ***1. und 2. Dezember 2014 in Halle (Saale): 15<sup>th</sup> IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop: „Identification and Causality in Macroeconometrics and Finance“***

The Halle Institute for Economic Research (IWH) and the Centre Interuniversitaire de Recherche en Economie Quantitative (CIREQ) are organizing the 15<sup>th</sup> Macroeconometric Workshop to be held in Halle (Saale) on December 1-2, 2014.

The workshop provides a platform to discuss new developments in the field of empirical and applied macroeconomic modelling and aims at bringing together academic researchers and practitioners. We invite applied and theoretical papers dealing with panel data, time series and business cycles, international macroeconomics and finance. Papers that explicitly cover aspects of identification and causality are particularly welcome. Each conference day is opened by a keynote speaker, followed by contributed papers.

Keynote speakers:

*Sophocles Mavroidis* (University of Oxford)

*Abderrahim Taamouti* (Universidad Carlos III de Madrid)

Die Veranstaltungsprogramme finden Sie unter: [www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de) – [Veranstaltungen](#).

### ***Durchgeführte Veranstaltungen:***

#### ***17. und 18. März 2014 in Halle (Saale): 4<sup>th</sup> IWH/INFER-Workshop on Applied Economics and Economic Policy: „A New Fiscal Capacity for the EU?“***

Am 17. und 18. März 2014 fand der 4. IWH/INFER-AEEP-Workshop zum Thema „A New Fiscal Capacity for the EU?“ statt. Mit Helge Berger und Lars Feld konnten zwei international renommierte Keynote Speaker gewonnen werden, die kontrovers über das Thema des Workshops diskutierten. Europäische Wissenschaftler präsentierten aktuelle Forschungsergebnisse, vor allem zur optimalen Gestaltung und Nachhaltigkeit von Fiskalpolitik sowie zur Übertragung von Risiken zwischen dem Staatshaushalt und dem Finanzsystem.

#### ***Besuch am IWH***

Am 28. März 2014 besuchten Wissenschaftler des Korea Small Business Institute, Republik Korea, das IWH. Dr. Gerhard Heimpold, kommissarischer Leiter der Abteilung Strukturökonomik, informierte die Gäste über die wirtschaftliche Situation sowie die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen und ihre Förderung in Ostdeutschland.

## **Konjunktur aktuell, Jg. 2 (2), 2014**

Udo Ludwig, Franziska ExB  
IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland:  
Ostdeutsche Wirtschaft überwindet Stagnation vom  
Jahresende

Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Kiel Economics  
Konjunktur aktuell:  
Konjunktur in Deutschland gewinnt an Schwung

Katja Drechsel, Oliver Holtemöller, Brigitte Loose,  
Götz Zeddies  
Mittelfristige Projektion der wirtschaftlichen Entwicklung  
in den Jahren 2014 bis 2018

## **IWH Online 2/2014**

Holtemöller, Oliver; Altemeyer-Bartscher, Martin;  
Drechsel, Katja; Freye, Sabine; Zeddies, Götz  
Modelle zur Konjunkturbereinigung und deren  
Auswirkungen. Kurzgutachten im Auftrag des  
Landesrechnungshofes Mecklenburg-Vorpommern

## **IWH Online 3/2014**

Loose, Brigitte; Brautzsch, Hans-Ulrich; ExB, Franziska  
Vierteljährliche Konjunkturberichterstattung für das Land  
Sachsen-Anhalt – Die gesamtwirtschaftliche Lage im  
4. Quartal 2013

## **Externe Publikationen**

El-Shagi, Makram; Michelsen, C.;  
Rosenschon, Sebastian  
Regulation, Innovation and Technology Diffusion –  
Evidence from Building Energy Efficiency Standards  
in Germany, DIW Discussion Papers Nr. 1371.  
Berlin 2014.

Prinz, S.; Gründer, G.; Hilgers, R. D.;  
Holtemöller, Oliver; Vernaleken, I.  
Impact of Personal Economic Environment and  
Personality Factors on Individual Financial Decision  
Making, in: Frontiers in Psychology, Decision  
Neuroscience, Vol. 5, Article 158, 1-11.

## **IWH-Diskussionspapiere**

Dominguez Lacasa, Iciar; Giebler, Alexander  
Technological Activities in CEE Countries:  
A Patent Analysis for the Period 1980-2009  
Nr. 2/2014, Februar 2014.

Altemeyer-Bartscher, Martin  
Fiscal Equalization, Tax Salience, and Tax Competition  
Nr. 3/2014, März 2014.

Drechsel, Katja; Giesen, S.; Lindner, Axel  
Outperforming IMF Forecasts by the Use of Leading  
Indicators  
Nr. 4/2014, April 2014.

## **Impressum**

Herausgeber:

Prof. Dr. Claudia M. Buch  
Dr. Gerhard Heimpold  
Prof. Dr. Oliver Holtemöller  
Dr. Herbert S. Buscher  
Dr. Hubert Gabrisch  
Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Redaktion: Dipl.-Volkswirt Tobias Henning  
Layout: Ingrid Dede  
Telefon: +49 345 7753 738/721  
Telefax: +49 345 7753 718  
E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:

Institut für Wirtschaftsforschung Halle  
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)  
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)  
Telefon: +49 345 7753 60  
Telefax: +49 345 7753 820  
Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Erscheinungsweise:

6 Ausgaben jährlich

Bezugspreis:

Einzelheft: 4,50 Euro  
Jahresbezug: 24,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck:

Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG  
Gewerbering West 27, D-39240 Calbe  
Telefon: +49 39291 428-0

Wirtschaft im Wandel, 20. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22. April 2014

ISSN 0947-3211 (Print)

ISSN 2194-2129 (Online)